

**CDU-Fraktion**

**Grüne 90 / Die Grünen**

**FDP-Fraktion**

Nottuln, 05.11.2018

### **Sondersitzung des Rates**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Kostenexplosion beim Bau der Turnhalle an der Rudolph-Harbig-Straße hat zu einer intensiven Diskussion geführt, die von Zweifeln begleitet wird, ob Verwaltung und Bürgermeisterin die in Controlling-Angelegenheiten erforderliche Sorgfalt stets haben walten lassen. Die von Ihnen formulierte "Naivität" im Umgang mit diesem Vorgang kann nicht als Entschuldigung dienen und stellt keine ausreichende Begründung dar!

Nun sehen wir uns auch noch mit Untreueermittlungen der Staatsanwaltschaft Münster gegen einen Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung konfrontiert. Sicherlich gilt in diesem Fall die Unschuldsvermutung. Andererseits lässt alleine die Möglichkeit, dass ein Mitarbeiter Gelder von einem Gemeinde- auf ein externes Konto transferiert haben könnte, auf das er dann möglicherweise zu seinen Gunsten und zum Nachteil der Gemeinde zugreifen konnte, Fragen nach der Wirksamkeit von Dienst- und Fachaufsicht in Ihrem Hause aufkommen. Unterliegen solche Fallgestaltungen nicht Ihrer direkten Dienstaufsicht? Sind in diesem Zusammenhang Rückschlüsse auf die erschreckend hohe Personalfluktuationsrate in den letzten beiden Jahren zulässig? Welchen Anteil haben Sie als Chefin der Verwaltung an dieser Entwicklung?

Um die näheren Hintergründe zu klären, beantragen die Fraktionen von CDU, Grünen und FDP eine **Sondersitzung** des Rates. Aus Datenschutzgründen sollte die Sitzung in einen nichtöffentlichen und einen öffentlichen Teil aufgeteilt werden.

Die Bürgermeisterin möge u. a. folgende Fragen beantworten:

Wie wird das Vier-Augen-Prinzip in der Gemeinde Nottuln umgesetzt?

Wie konnte der beschuldigte Mitarbeiter dieses möglicherweise umgehen?

Warum ist der Verwaltung die Angelegenheit nicht aufgefallen?

Wieso hat stattdessen eine involvierte Bank Verdacht geschöpft?

Wie hoch ist der entstandene Schaden?

Ist die Mitwirkung weiterer Personen aus der Verwaltung auszuschließen?

Welcher Stand der Ermittlungen ist aus den Mitteilungen der Staatsanwaltschaft und aus verwaltungsseitigen Ermittlungen bekannt?

Wer ist unmittelbarer Vorgesetzter des beschuldigten Mitarbeiters?

Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um eine Wiederholung ähnlicher Vorfälle für die Zukunft zu verhindern?

Wie viele Mitarbeiter/innen aus welchen Positionen haben in der laufenden Ratsperiode schon die Gemeindeverwaltung oder Gemeindewerke verlassen? Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um die festgestellte Fluktuation in den Griff zu bekommen?

Ist mit weiteren Kündigungen zu rechnen?

Gibt es Bearbeitungsrückstände in den einzelnen Fachbereichen?

Wie soll die Vakanz gefüllt werden, die durch den freigestellten Mitarbeiter entstanden ist?

Frau Block hat als Beigeordnete die Politik informiert? Wäre es nicht Aufgabe der Bürgermeisterin gewesen, die Angelegenheit als „Chefsache“ in die Hand zu nehmen?

Mit freundlichen Grüßen

Hartmut Rulle

Richard Dammann

Helmut Walter